

AKTUELL

EU-KORRUPTIONSSKANDAL

Spitze des Eisbergs

Thorsten Fuchshuber

Die Aufklärung des Korruptionsskandals um eine mögliche Einflussnahme von Katar auf Vertreter*innen des Europaparlaments dürfte noch ganz am Anfang stehen. Für mögliche Schmiergeldgeber zahlt er sich aber jetzt schon aus.

Nicht allein das Europäische Parlament (EP), sondern gleich die gesamte „europäische Demokratie“ wollte EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola am Montag bei der Eröffnung der Sitzungswoche in Straßburg angegriffen wissen. Da hatte sie vermutlich noch kaum den Schock dessen verdaut, was über sie und alle anderen Parlamentsmitglieder hereingebrochen war.

Bereits am Freitag vergangener Woche hatte es in Belgien mehrere Verhaftungen und Hausdurchsuchungen gegeben. Am darauffolgenden Montag ging es dann hurtig weiter: Insgesamt 19 Wohnungen und Büros von gegenwärtigen und ehemaligen EU-Parlamentsmitgliedern sowie deren Mitarbeiter*innen wurden unter die Lupe genommen, Durchsuchungen gab es zudem im Parlament selbst. Sechs Personen wurden verhaftet, darunter die griechische Sozialdemokratin Eva Kaili, eine der stellvertretenden Parlamentspräsident*innen. Zwei der Festgenommenen wurden inzwischen wieder freigelassen. Die Vorwürfe: Korruption, Geldwäsche und Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung – die Betroffenen hätten Hunderttausende von Euro angenommen, mutmaßlich aus dem Golfstaat Katar, um sich für dessen Interessen stark zu machen. Mittlerweile wird auch Marokko als möglicher Schmiergeldzahler genannt.

Auch wenn sich Vertreter*innen von EU-Parlament und -Kommission seitdem in Schadensbegrenzung versuchen, wurde umgehend klar: Im Kern besteht das Problem nicht in der charakterlichen Verfehlung einzelner Personen, sondern ist strukturell. Alberto Alemanno, Professor für EU-Recht in Paris, will EP-Präsidentin Robertas eingangs zitierte Aussage daher auch nicht gelten lassen. „Nein, dies ist kein Angriff auf die EU-Demokratie“, entgegnete er ihr auf Twitter, es handle sich vielmehr um einen „selbstverschuldeten Schaden“. Die meisten Parlamentsmitglieder hätten sich in der Vergangenheit schärferen Transparenzregeln und deren wirksamer Durchsetzung widersetzt. Die Berufung auf die Freiheit des Mandats dürfe nicht von einer Berichtspflicht über Kontakte und Aktivitäten entbinden. Neben einem fehlenden Ethiksystem für Europaabgeordnete sieht Alemanno auch das Fehlen von Regeln für die Zeit nach

dem EU-Abgeordnetenmandat als großes Problem, denn viele „Ehemalige“ nehmen ihre Kontakte und ihr Wissen in die Privatwirtschaft mit oder dienen sich sonstigen Interessen an.

Auch NGO's eingespannt

Deutlich wird das etwa anhand der Tätigkeit des ehemaligen italienischen Abgeordneten Pier Antonio Panzeri, der bis 2019 der sozialdemokratischen Fraktion „S&D“ im EP angehörte und einer der Köpfe der mutmaßlichen kriminellen Vereinigung sein soll. Die von ihm nach seinem Ausscheiden aus dem Parlament gegründete und gegen Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen engagierte NGO „Fight Impunity“ nennt etwa den Friedensnobelpreisträger Denis Mukwege und die ehemalige EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini als Mitglieder eines „Ehrenpräsidiums“. „Fight Impunity“ könnte von Panzeri für die Einflussnahme durch Länder wie Katar eingespannt worden, womöglich gar allein zu diesem Zweck gegründet worden sein.

Erleichtert wird so etwas auch, weil das Transparenzregister der EU, in dem die auf EU-Ebene agierenden Personen und Organisationen sowie die von ihnen vertretenen Interessen und verwendeten Finanzmittel aufgeführt werden, voller Schlupflöcher ist. So konnte beispielsweise der Unterausschuss für Menschenrechte des EP mit „Fight Impunity“ kooperieren, obwohl die NGO nicht in dem Register aufgeführt war. Die Registrierung erfolgt nämlich auf freiwilliger Basis.

Die Aufklärung der Affäre um Schmiergelder an EU-Bedienstete und gewählte Vertreter*innen dürfte wohl erst am Anfang stehen. Ins Blickfeld rückte zuletzt auch EU-Kommissar Margaritis Schinas. Im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft hatte er in einer Reihe von Tweets die arbeitsrechtlichen Reformen in Katar gelobt. Schinas sagte am Dienstag in Straßburg, seine Tweets gäben lediglich die Haltung der EU-Kommission und der Internationalen Arbeitsorganisation in dieser Sache wieder.

Unterdessen kündigte die Europäische Volkspartei (EVP) am Mittwoch an, jede Mitwirkung an Resolutionen auszusetzen, die sich mit außenpolitischen Belangen befassen, ehe nicht sicher sei, dass die Integrität dieser Arbeit „nicht durch Drittländer wie Katar beeinträchtigt wird“. Die EVP forderte die anderen Fraktionen auf, es ihr gleichzutun. Zahltag also für alle, die sich solche Einflussnahme etwas kosten lassen: Die Arbeit des EU-Parlaments wird nicht nur diskreditiert, sondern auch paralytisch.

SHORT NEWS

Richtung22 erhebt Vorwürfe gegen Esch

(is) – Das Künstler*innenkollektiv Richtung22 (R22) verteilt zum Jahresende keine Geschenke, sondern Kritik an der Gemeinde Esch: Am Montag publizierte es eine Stellungnahme zu deren Budget 2023, das am 8. Dezember vorgestellt wurde – fast 19 Millionen sollen „Culture et fêtes publiques“ zugute kommen. Der Großteil der Investitionen betrifft die Sanierung von Gebäuden. Im Mittelpunkt der Kritik von R22 steht die ASBL „frEsch“: Sie setzt den Kulturplan der Stadt Esch um, verwaltet unter anderem die Finanzen des Bâtiment IV, des Bridderhaus und der Korschthal sowie der „Nuit de la culture“ und der „Francofolies“. R22 stößt sich an der Intransparenz, mit der dort gewirtschaftet werde. Es liege keine Bilanz zum Jahr 2021 vor, Gelder würden spontan verschoben, explodierende Kosten vertuscht und ausbeuterische Arbeitsverträge abgeschlossen. Die Gemeinde bezuschusst die ASBL im kommenden Jahr mit 4 Millionen Euro, um Personalkosten zu decken und die Umsetzung des Kulturplans voranzutreiben. R22 fordert derweil ein Kulturbudget, das im Gemeinderat gestimmt und sofort bei den Kulturschaffenden ankommt. Zuschüsse und Konventionen sollten nach objektiven und erreichbaren Kriterien verteilt werden. Darüber hinaus verlangt das Kollektiv eine öffentliche Debatte über die Nachhaltigkeit des Kulturjahres. Die Position der Gemeinde Esch dürfte dabei klar sein: Bei der Vorstellung des Budgets schoss sie gegen die luxemburgische Presse und Oppositionspolitiker*innen, die sich kritisch zum Kulturjahr äußerten und seinem Erfolg damit nicht gerecht würden.

Asti: Ungerechtigkeit mit Wissen bekämpfen

(tj) – „Pour l’Asti, il est fondamental que les différents partis politiques se prononcent sur la question des personnes en situation de séjour irrégulier vivant au Luxembourg et sur une éventuelle régularisation.“ Mit dieser Begründung kündigte die Association de soutien aux travailleurs immigrés diese Woche eine Kampagne an. Das Ziel: Personen mit irregulärem Status aus ihrer administrativen, finanziellen und sozial prekären Lage heraus helfen. Damit die Parteien sich nicht mit der Ausrede herauswinden können, nicht ausreichend über die Problematik informiert zu sein, werden sie demnächst eine kleine Hilfestellung in ihrem Briefkasten vorfinden: die zu diesem Anlass von der Asti ausgearbeitete Broschüre „Les sans-papiers au Luxembourg: au-delà des préjugés et des fantasmes“. Neben Begriffserklärungen und offiziellen Zahlen finden sich in dieser auch Comics, die den Leser*innen die Lebensrealität einzelner Betroffener näherbringen sollen. In der zweiten Hälfte der Broschüre wird es dann politischer. Hier wird erst kurz dargelegt, woran es in den Augen der Asti fehlt. Daraus leitet sie zwei Forderungen ab: Einerseits Langzeitmigrant*innen zu regularisieren – die Asti liefert die Argumente dafür sogar gleich mit – und andererseits das Immigrationsgesetz so umzuändern, dass Menschen gar nicht erst in eine irreguläre Situation geraten können. Im Rahmen ihrer Kampagne plant die Asti zudem Unterredungen mit den einzelnen Parteien. Weitere Aktionen, so heißt es im Presseschreiben, würden noch angekündigt.

Frontaliers : déconvenue pour le Luxembourg

(fg) – C’est une histoire triste que la Caisse nationale d’assurance pension (Cnap) a contribué à rendre encore plus triste. En décembre 2015, un couple de frontaliers français, travaillant tous deux au Luxembourg, conclut un Pacs devant le tribunal de Metz. En 2016, c’est le drame : l’homme meurt des suites d’un accident du travail. Sa partenaire sollicite alors une pension de survie auprès de la Cnap. Cette dernière refuse au motif que le Pacs français n’avait pas été inscrit au répertoire civil luxembourgeois du vivant des deux conjoints. Deux recours devant les instances de la Sécurité sociale n’y changent rien. La femme porte alors l’affaire devant la Cour de cassation qui, de son côté, interroge la justice européenne sur la validité du refus. Dans un arrêt rendu le 8 décembre, la Cour de justice de l’Union européenne (CJUE) désavoue le Luxembourg dont la législation « est susceptible de défavoriser les ressortissants d’autres États membres et d’instaurer une inégalité de traitement indirectement fondée sur la nationalité ». Pour les juges, il suffit de produire un document officiel de l’État où le Pacs est conclu pour qu’il soit pris en compte. Ils ajoutent que « l’inscription du Pacs dans l’État tenu au paiement de la prestation de survie pourrait encore être effectuée à la date à laquelle celle-ci est demandée ». Le refus de la Cnap équivalait à une discrimination rappelant les restrictions que le gouvernement voulait imposer aux enfants de frontaliers-ères pour l’octroi des bourses d’études. Une décision retoquée à trois reprises par la CJUE. Il est une chose de se revendiquer des grands principes européens comme la libre circulation des salarié-es. C’est encore mieux de les appliquer.